

Entschließungsantrag

der BundesräterrInnen Mag.^a Elisabeth Grossmann,
Genossinnen und Genossen,

betreffend Flächendeckende Testmöglichkeiten im ländlichen Raum

eingebracht im Zuge der Debatte zum Beschluss des Nationalrates vom 24. Februar 2021 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert wird (1215/A und 673 d.B.)

Durch die Pandemie, die unser Leben seit nunmehr einem Jahr prägt, ist die Wichtigkeit von möglichst breiten Testungen zum Schutz der allgemeinen Gesundheit zunehmend ins Bewusstsein der Bevölkerung gerückt. In Städten und großen Gemeinden konnten der Bevölkerung Teststraßen zugänglich gemacht werden, die gut angenommen werden, wie man anhand hoher Testzahlen sieht. Zudem konnte durch den Einsatz der Sozialdemokratie und der SozialpartnerInnen auch der wichtige Schritt in Richtung von Betriebstestungen vollzogen und gesetzlich verankert werden. Zugleich ist dies aber für einen nicht unerheblichen Teil der Gesellschaft nicht ausreichend.

Besonders Menschen am Land sind durch eine fehlende Abdeckung durch Teststraßen betroffen, PensionistInnen werden durch die Betriebstestungen nicht erfasst. Gehört man beiden Gruppen an, ist eine niederschwellige, kostenfreie und einfache Testmöglichkeit bis dato nicht flächendeckend gewährleistet.

Durch den Beschluss, Tests in Apotheken machen zu können wird dieser Problematik ein Stück weit begegnet, gerade in ländlichen Gemeinden sind aber Apotheken oft nur unter erheblichem Aufwand für die Menschen erreichbar und oftmals müssen lange Wartezeiten für einen Testtermin in Kauf genommen werden. Davon besonders betroffen sind häufig vor allem älter Menschen, Menschen die auf Grund einer Behinderung oder fehlender Mobilitätsangebote nicht angebunden sind, oder Menschen, die keinen Zugang zu Betriebstestungen haben.

Gerade für diese ist aber auch eine Rückkehr in eine sichere Normalität unglaublich wichtig, sind es doch häufig sie, die in den letzten Monaten besonders von Einsamkeit geplagt waren und auf Grund fehlender Kontakte schweres Leid tragen mussten.

Gerade als Länderkammer ist uns wichtig, dass für alle Menschen in unserem Land gleich gute Versorgung bei Testmöglichkeiten sichergestellt wird und zugleich sind wir uns bewusst, dass es insbesondere für kleine Gemeinden unglaublich schwierig ist, eine Teststraße für nur wenige BürgerInnen zu organisieren.

Um allen Menschen die dringend notwendigen Tests und damit eine Rückkehr in eine sichere Normalität zu garantieren, stellen die unterfertigten Bundesrätinnen und Bundesräte folgenden

Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz sowie der Bundesminister für Finanzen, wird aufgefordert, dem Nationalrat und dem Bundesrat umgehend eine Gesetzesvorlage zur Beschlussfassung vorzulegen, mit der eine flächendeckende, wohnortnahe Teststrategie umgesetzt wird, wodurch die Bevölkerung zeitnah und mehrmals wöchentlich die Möglichkeit für Testungen erhält. In Gemeinden, in denen derzeit noch keine Testmöglichkeiten zur Abdeckung der niederschwelligen, kostenfreien und zeitnahen Testung vorhanden sind, sind solche unverzüglich einzurichten, damit allen EinwohnerInnen der regelmäßige Zugang zu Testungen garantiert werden kann. Die Kosten für die Einrichtung und den Betrieb sind den Bundesländern und Gemeinden vom Bund zu ersetzen.“



